Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Brief aus Paris

Der Fall Sakhiet und Algerien

Der Fall Sakhiet, der der französischen Öffentlichkeit zuerst ein Fehler schien, wird in offiziellen Kreisen immer mehr als Ergebnis eines Hinterhaltes betrachtet. In der Tat kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieses bedauerliche Vorkommnis das Resultat zahlreicher tunesischer Provokationen ist, die absichtlich wiederholt wurden, um die französischen Soldaten und ihre Kommandanten zu erbittern. Das geheime Ziel war, einen heftigen Gegenstoß bei den Franzosen auszulösen und damit einen internationalen Zwischenfall zu schaffen, den die tunesische Regierung für ihre Interessen und Verpflichtungen den arabischen Staaten gegenüber nach Kräften auszunützen sich vorbehielt. Nicht ohne Absicht war das Dorf Sakhiet vor den Augen aller Welt mit Mörsern und Bazookas bewaffnet und vor kurzem zu einem Kriegsplatz ausgebaut worden. Der Eifer, mit dem die sowjetfreundliche Presse in der ganzen Welt sich auf den Zwischenfall gestürzt hat, ist aufschlußreich. Die gedungenen Blätter waren durchaus bereit, ihre anprangernden und entrüsteten Epitheta abzuschießen.

Ist in diesem Zusammenhang die Erinnerung daran erlaubt, daß während des letzten Krieges Tausende von französischen Zivilpersonen durch alliierte Flugzeuge getötet wurden, die, ohne immer richtig zu zielen, feindliche Einrichtungen aufs Korn nahmen. Man wird auch daran erinnern, daß 1945 im Zeitraum von wenigen Minuten amerikanische Fluggeschwader 200 000 Menschen in Dresden getötet haben. Diese Tatsachen sind schmerzlich; wir erwähnen sie nicht, um den Fehler von Sakhiet zu entschuldigen, sondern deshalb, weil die Verfechter des Rechts und der internationalen Moral zu leicht die aktive, prosowjetische Komplizität von Kairo und Tunis zu vergessen scheinen.

Tatsache ist, daß eine Stunde nach der Bombardierung Sakhiets der tunesische Regierungschef als unmittelbare Folge die Räumung von Bizerta durch die französischen Truppen verlangte (aber nicht diejenige der andern ausländischen Truppen, wie es die Einheiten des FLN doch sind). Nun muß man in Fragen der Außenpolitik nicht sehr erfahren sein, um zu wissen, daß die Aufgabe Bizertas, sollte sie erfolgen, zuerst den Sowjets nützen würde. Die russische Strategie wäre der erste Nutznießer, weil Frankreichs Abzug aus Bizerta ein außergewöhnlicher Erfolg für die Sowjetunion wäre, die Krönung der Vorteile, welche der Kreml sich im Laufe der letzten Monate im nördlichen Mittelmeer verschafft hat. Deshalb hat man es begrüßt, daß General Norstad, der Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa, sich entschlossen für das Verbleiben der französischen Truppen in Bizerta erklärt hat. Sein Kriegshafen sowie die Luftflottenstation von Karouba und der Flugplatz von Sidi-Ahmed haben daraus, dank ihrem modernen Ausbau, die erste Festung des Mittelmeers gemacht.

Die Pariser Nato-Konferenz vom vergangenen Dezember hatte die atlantischen Bindungen gestärkt und die Einheit wie den Zusammenhalt der Alliierten im Westen gefestigt. Für die Sowjets galt es daher, etwas

zu finden, das wiederum Zwietracht einführte und die Uneinigkeit in der westlichen Koalition aufs neue weckte, indem es sie zwang, in der algerischen Frage einzugreifen, welche die Angelsachsen bei Seite zu lassen begannen. So wurde die Falle von Sakhiet gestellt. Man kann heute nicht mehr daran zweifeln, daß sie auf die Internationalisierung des algerischen Konflikts abzielte, welche die kommunistische Propaganda zu fordern nicht aufhört. Niemand übersieht in der Tat, daß diese Internationalisierung die Pforten Nordafrikas Ägypten und der UdSSR öffnen würde. Der Schutzschild der Nato, für den das Maghreb eine wesentliche strategische Zone der westlichen Verteidigung darstellt, wäre eingedrückt und der kommunistische Vormarsch durch den arabischen Nationalismus einen Schritt weitergekommen. Als gewandte Spieler genieren sich die Russen sehr wenig, wenn sie sich stark wissen; der kürzliche Besuch von Botschafter Winogradow beim Quai d'Orsay läßt darüber keine Illusionen zu. Am Tage, da man am Statut Bizertas rührt und dieser Kriegshafen nicht mehr von der jetzigen Besatzungsmacht verwaltet wird, würde sich die russische Intervention mit einer Heftigkeit vollziehen, welche die Salonkommunisten nicht einmal im Traum voraussehen. Schlimmer als der Fall Sakhiet ist eine Kapitulation vor den Ansprüchen des FLN. Die atlantische Allianz würde zweifellos einem afrikanischen Unglück nicht widerstehen. Wenn der von Frankreich gehaltene Damm in Algerien bricht, wäre bald ganz Afrika bedroht. Dann gäbe es auf dem ganzen afrikanischen Kontinent keinen Platz mehr für einen westlichen Einfluß welcher Art auch immer, da der sowjetische dort vorherrschend geworden wäre. Aus diesem Grund suchen die tunesischen Extremisten und die Antreiber der Aufstandsbewegung eine Verwirrung zwischen den Ereignissen an der algerisch-tunesischen Grenze und der Unabhängigkeitsforderung Algeriens hervorzurufen. Die beiden Angelegenheiten sind jedoch völlig verschieden. Die von Tunesien den Rebellen bewilligte Hilfe geht das internationale Recht an, während der algerische Aufstand, wie es das Staatsdepartement in Washington neulich anerkannte, eine ausschließlich innerfranzösische Angelegenheit ist, entsprechend dem internationalen Recht, das die Einmischung des Auslandes in die inneren Angelegenheiten eines Staates verbietet.

Mit Vergnügen hat man festgestellt, daß das *Journal de Genève* eines der seltenen Blätter diesseits des eisernen Vorhanges war, das die Umstände des Falls Sakhiet gerecht gewürdigt hat und den Ursprung des Zwischenfalls in Erinnerung rief. Mit Recht unterstreicht man, so schrieb es, «daß die französischen Truppen in Algerien unaufhörlichen Angriffen der Fellagha ausgesetzt sind, die ihren Ausgangspunkt auf tunesischem Gebiet haben. Man kann sich fragen, ob Präsident Burgiba, der sich heute entrüstet und beim Anblick der Opfer tobt, alles getan hat, was in seiner Macht stand, um zu vermeiden, daß Tunesien nicht Ausgangspunkt und Rückzugsstellung der Männer des FLN ist».

Auf dem Weg zur Verfassungsreform

Die Forderungen, die nicht ohne Heftigkeit am Kongreß von Bamako im letzten Dezember von den afrikanischen Führern vorgebracht wurden, haben die dringende Notwendigkeit sichtbar gemacht, das Statut des überseeischen Frankreichs zu verändern und den lokalen Abgeordneten die politische Verantwortung zu geben. Es ist eine Tatsache, daß das Mutterland die wirtschaftlichen und sozialen Lasten in den weiten afrikanischen und madegassischen Territorien weiterhin nicht mehr übernehmen kann. Wenn mehr als tausend Milliarden, seit zehn Jahren in Afrika investiert, nicht genügen, Frankreich vom Vorwurf des Kolonialismus reinzuwaschen, so deshalb, weil es als Schutzmacht und als Schatzmeister zugleich auftritt. Diese Doppelrolle, die ihm nicht

immer den Dank der Nehmenden einbringt, trägt ihm manchmal den Trotz seiner Schützlinge ein. Die jährlich in verschiedenen Formen vorgenommenen Investitionen erweisen sich im übrigen immer unzureichender, zieht man die demographische Ausdehnung von Gebieten in Betracht, denen die Fortschritte der Medizin und Hygiene eine ständige Verbesserung der Lebensbedingungen sichern.

Frankreich, das während seines ganzen Kolonialwerks dem schönen Traum nachhing, die Eingeborenen zu assimilieren, wird sich heute bewußt, daß es einem zu weit gesteckten Ziel entsagen muß. Für die französische Regierung stellt sich somit die Frage, wie die interne Autonomie einzurichten sei innerhalb einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Union, für die es verantwortlich bleibt. Es fällt ihm zu, ohne Aufschub bereits eingeräumte oder morgen bevorstehende Unabhängigkeit mit der Erhaltung einer französischen Gemeinschaft zu vereinen. Im Hinblick auf diese Schöpfung werden die menschlichen Kontakte, die affektiven Bindungen, das christliche Apostolat und die gemeinsam übernommene Verantwortung die Form der Union und ihren Inhalt bestimmen. Wie wird sie sich nennen? Commonwealth, Staatenbund, Französisch-Afrikanischer Staatenverband? Eine ernste Frage, die man nicht mit Worten abspeisen kann, denn die zentrifugalen Kräfte, entfesselt von den jungen Nationalismen und geschürt von der internationalen Propaganda, werden nicht mehr anhalten. Deshalb denken gewisse politische Kreise, der Moment sei gekommen für eine Neufassung von Artikel VIII der Verfassung und die Umformung in eine föderative Republik der «einen und unteilbaren» Republik, Erbstück der für unerschütterlich gehaltenen Prinzipien der französischen Revolution.

Es ist bedauerlich, sagen zu müssen, daß die Hoffnungen, die das Land aus der Arbeit der zur Verfassungsreform bestellten Kommission geschöpft hat, enttäuschten. Einmal mehr wurde die Reform verschoben, bei vielen mit dem geheimen Wunsch, sie möge es *ad calendas graecas* bleiben. Die Kammer, die hier eine Gelegenheit hatte, vor der öffentlichen Meinung gegen ihre wachsende Unbeliebtheit Terrain aufzuholen, verzichtet darauf, sich zu bessern. Hält man sich an die Reden der Politiker, so ist die Verfassungsreform unerläßlich, dringend und entscheidend. Doch trotz den feurigen Anrufen Paul Reynauds, welche selbst die auf ihre Vorrechte eifersüchtigen Abgeordneten bewegen mußten, ist das Reformprojekt wieder in eine Sackgasse geraten.

Viele denken heute, daß Frankreichs erstes Leiden darin liegt, nicht regiert zu sein. Einer widersprüchlichen und unsteten Politik unterworfen, gelingt es ihm nicht, zur Einheit des Denkens zu kommen, welche einer starken Regierung erlaubte, vom Land die Einheit der Tat zu fordern. In einem äußerst schwierigen Abschnitt seiner Geschichte ruft es nach einer Autorität, der gehorcht wird, und einer Politik, die nicht von den Leidenschaften der öffentlichen Meinung inspiriert ist, sondern vom Willen des Staates, dem Vertreter des allgemeinen Vorteils. Doch die Autorität des französischen Staats verringert sich jeden Tag. Daß Teile der Pariser Polizei soweit gehen, in Uniform auf der Straße zu demonstrieren und das Palais Bourbon zu belagern, kennzeichnet die schwere Krise, die das republikanische Regime befallen hat.

Im Hinblick darauf gibt die Person von *General de Gaulle*, die von neuem auf der politischen Szene auftaucht, Vorwand zu verschiedenen Manövern, die danach streben, ihn eventuell an die Macht zu bringen. Einige bezeichnen ihn schon als den idealen Vermittler im französisch-tunesischen Streitfall und stellen ihn Robert Murphy entgegen, dem amerikanischen Beauftragten der «guten Dienste», der sich doch immer bestrebt gezeigt hat, die Interessen der westlichen Länder bei seiner Regierung zur Geltung zu bringen. Das erneute Aufflammen des Gaullismus, in einem Teil der Öffentlichkeit unbe-

streitbar, geht Hand in Hand mit dem Wunsch, die atlantischen Abkommen zu revidieren, mit gleichzeitigem Appell an die alten Instinkte des französischen Chauvinismus. Unabhängig von unserer persönlichen Ansicht über General de Gaulle, eine Persönlichkeit eigenen Rangs, ist festzustellen, daß er den USA gegenüber eine ausgesprochene Haltung der Reserviertheit, um nicht zu sagen der Entfernung einnimmt. Man hat die Meinungsverschiedenheiten in Algier mit dem amerikanischen Verbündeten während des Krieges nicht vergessen, auch nicht die Reise nach Moskau im Dezember 1944 und ebensowenig den französisch-sowjetischen Pakt, der daraus hervorging. Es wird sich bald zeigen, ob die Pressekampagne, die augenblicklich für die Rückkehr des Generals wirbt und im Parlament, vorab bei den Sozialisten und den Unabhängigen, stark beunruhigt, das Land nicht an den Rand eines Abenteuers zu führen droht.

Félix Gaillard, der vom Vorsitz einer «Regierung des öffentlichen Heils», die eine große Zahl von Franzosen herbeiwünscht, weit entfernt ist, hat eine äußerst glückliche Initiative ergriffen, als er die Errichtung einer «Mittelmeergemeinschaft» vorschlug, welche Marokko und Tunesien bei der Ausbeutung der Sahara-Bodenschätze mit einbezöge. Dieser Gedanke sticht von den langweiligen Wiederholungen um die «Gipfelkonferenz» ab, mit denen Rußland die internationale Meinung einzuschläfern sucht. Er stellt Europa wieder in den geschichtlichen Rahmen, in dem sich während Jahrtausenden die Zukunft der zivilisierten Welt entschieden hat, denn Italien und Spanien würden an ihr teilnehmen. Frankreichs Verdienst ist es, während des 19. Jahrhunderts, aber auch während des 20., mit der islamischen Welt des Westens enge politische Beziehungen gesucht und dabei auch Erfolg gehabt zu haben. Wenn der arabische Nationalismus in der von Oberst Nasser aufgeputschten Form im Augenblick diese jahrhundertealten Bande zu zerreißen vermochte, könnte sie die Sahara mit ihren großen Bodenschätzen wieder herstellen. Darin liegt die Rechtfertigung des Gaillard-Plans, den das Projekt einer Mittelmeergemeinschaft, trotz der Opposition gewisser englischer Kreise, in Umrissen abzeichnet.

Frankreichs wirtschaftlicher Aufstieg

Doch damit Frankreich in einer solchen Gemeinschaft einen ehrenvollen Platz einnimmt, muß es vor allen Dingen seine Stärke wiederfinden. In dieser Hinsicht ist die Erklärung von Finanzminister *Pflimlin* ermutigend, der beim Überblick über die tatsächlichen Möglichkeiten des Landes feststellte, daß der Produktionsindex in einem Jahr um 14% gestiegen sei. Und dies trotz der Schwäche des Francs, trotz des verheerenden Krieges in Indochina, trotz des algerischen Konflikts, der seit drei Jahren anhält, und trotz der ständigen Teuerung der Lebenskosten. Die Ereignisse, die sich nun in Nordafrika abspielen, führen vielleicht auf einem Nebenweg zu einer ganz neuen und heilsamen Entwicklung der Situation. Wir haben bereits auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Umgestaltungen hingewiesen, welche die Sahara seit der Entdeckung der Erdöl- und Kohlenlager durchgemacht hat. Kann Frankreich allein die Neuordnung eines zukünftigen Eurafrikas auf sich nehmen mit der Ausbeutung des Erdöls und seiner Rohstoffe? Das ist wenig wahrscheinlich. Doch liegt da seine beste Chance. Es ist einleuchtend, daß die gewaltige Industrialisierung der Sahara nicht ohne Zusammenarbeit der westlichen Mächte vor sich gehen kann, hauptsächlich des «Europas der Sechs», die durch den gemeinsamen Markt, Euratom und Montanunion verbunden sind. Ohne die Folgen einer internationalen Organisation, die sich immer stärker profiliert, vorwegzunehmen, steht dieser Wille zum Wiederaufstieg der französischen Wirtschaft im Gegensatz zur Routine einer sklerosierten Politik und erlaubt die größten Hoffnungen.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Rumänien

Moskaus Kongreßstadt auf dem Balkan

Der politische Alltag in Rumäniens Hauptstadt vermittelt seit Jahresfrist den Eindruck hektischer Betriebsamkeit der kommunistischen Machthaber auf dem Gebiet der Außenpolitik. Angesichts der sozialen Misere, des planwirtschaftlichen Wirrwarrs, der Korruption dieses Alltags bis hinauf in zentrale Dienststellen der Partei und Sicherheitsorgane wird die Vermutung des Beobachters fast zur Gewißheit: Diese Bukarester Gästebetreuung und Diplomatie ist eine bewußte außenpolitische Überkompensation für die stagnierende Innenpolitik, für den parteipolitischen Gefrierpunkt seit der ungarischen Oktoberrevolution.

Der Bogen dieser scheindiplomatischen Beziehungen Bukarests spannt sich von dem unbefriedigenden Junigespräch 1957 zwischen Chruschtschew und Tito in dem «unbekannten Ort» Rumäniens bis zum Abflug der offiziellen Regierungsdelegation des Premiers Stoica, des Armeegenerals Bodnåras und des Außenministers Bunaciu am 7. 3. 1958 nach Indien. Frankreich, Griechenland, die Türkei und «lateinische Schwesternationen» schlechthin, Syrien, Libanon, Ägypten gehören zu den schwerpunktmäßigen Zielen der Rumänischen Volksrepublik.

Am 10. 9. 1957 begann Moskaus offizielle Gegenaktion mit einer Einladung des Bukarester Ministerpräsidenten Stoica an *sämtliche* Balkanstaaten, die den jugoslawisch-griechisch-türkischen Verteidigungspakt von Veldes endgültig gegenstandslos machen soll. Zwar dämpften die vorläufige Absage Griechenlands und das klar Nein der Türkei diesen koexistentiellen Übereifer der rumänischen Relaisstation. Aber gerade das unüberwindliche Mißtrauen der Satrapen Rumäniens gegenüber Ungarn und Jugoslawien prädestiniert auch gegenwärtig Bukarest zum Tagungsort und zur Zentrale der geplanten «Donau-Union» Budapest-Belgrad-Bukarest-Sofia. Überdies ist die Metropole an der Dimbovitza, die mit rasch wechselnden Gästescharen einem Taubenschlag der östlichen Friedensoffensive gleicht, internationales Aktionszentrum der Fachgewerkschaft Erdöl-Chemie für den kommunistischen Gewerkschaftsbund (WGB) sowie Meldekopf für die illegale Tätigkeit der KP in Griechenland und in der Türkei.

Die rumänisch-ungarische Nachbarschaft

Die vom Kreml betriebene «Konföderation» in Südosteuropa liegt allerdings noch «auf einem weiten Feld». Das wurde deutlich anläßlich des offiziellen Besuchs einer ungarischen Partei- und Staatsdelegation zwischen dem 20. und 28. 2. 1958 in Bukarest und einigen städtischen Industriezentren des Landes — einschließlich der regionalen Hauptstadt Tîrgul Mureşului in der «Autonomen Ungarischen Verwaltungsregion» Siebenbürgens. Die prominentesten Staatsgäste und Politbüromitglieder der ungarischen KP, ZK-Sekretär Kádár, Vizepremier Apró, Staatsminister Kállai wandten sich in offiziellen Reden und Trinksprüchen nicht allein gegen den «Verräter» Imre Nagy, der seit Dezember 1956 in der ehemals königlichen Sommerresidenz Sinaia Zwangsaufenthalt nehmen mußte. Die jetzigen Parteihierarchen Ungarns schworen einhellig jedweden Territorialanspruch gegenüber der Rumänischen Volksrepublik ab und wandten sich wortgewaltig gegen die «falsche Losung: ‚Alle Magyaren sind Brüder!‘». Daß in der neostalinistischen Restaurationsepoche Moskaus «intersozialistisch» nunmehr die Parole des verschärften Klassenkampfes gilt, bezeugten Gäste und Gastgeber am 26. 2. 1958 auf der Bukarester Massenkundgebung zu Ehren der ungarischen Delegation, indem sie «den Reformismus als gegenwärtigen Hauptfeind» und Bedrohung der «Kohäsion der kommunistischen und Ar-

beiterparteien» bezeichneten (Gheorghe Gheorghiu-Dej).

Wozu die routinemäßige Begeisterung des Dreigestirns Kádár-Apró-Kállai bezüglich der rumänischen Nationalitätenpolitik gegenüber den Szekler-Magyaren? Weshalb die Wiederholung der abgedroschenen Loyalitätsbezeugungen der staatseigenen ungarischen Parteiintelligenz durch Budapester Spitzenfunktionäre? Seit dem 2. 11. 1956 sind die szeklerisch-magyarischen Anschlußwünsche an das Ungarn Nagys lebendig geblieben. Unmittelbar vor den regionalen, rayonalen und örtlichen Volksrätewahlen der Rumänischen Volksdemokratie empfahl sich daher die Beseitigung dieser «Mißverständnisse» und «bürgerlich-nationalistischen Relikte». Man wundert sich lediglich über die Mühewaltung der Bukarester Hierarchie um Wahlergebnisse, die mit über 99% Ja-Stimmen eindeutig alle bisherigen Ergebnisse in den Schatten stellen *mußten*.

Wachablösung der Rest-Intelligentia

Einem matten Flügelschlag glich in der ersten Märzhälfte 1958 die Verhaftungs- und Liquidierungswelle des Regimes gegen «faschistische» Ex-Bourgeois. Denn in Rumänien (wie in der deutschen Ostzone, in Ungarn usw.) handelt es sich gar nicht mehr um die unerläßliche Säuberung bürgerlicher «Restbestände», sondern um die Installierung bürgerlicher Überdauerer in Fachsparten und optisch wirksame Positionen.

Ende Juni 1957, unmittelbar nach der Ausbootung von Malenkow, Molotow, Kaganowitch aus Chruschtschews «Direktorium», erfolgte auch in Bukarest die Hinausbeförderung zweier «liberalisierender» Parteidoktrinäre, die nach der ungarischen Oktoberrevolution noch immer nicht begriffen hatten, daß die Grenzbezirke des Sowjetimperiums keine «Weichteile» dulden. Am 4. und 9. 7. 1957 publizierte das Zentralorgan «Scînteia» die Absetzung des 2. ZK-Sekretärs Iosif Chişinevschi-Broitmann sowie des Politbüromitglieds und Unterrichtsministers Constantinescu. Mochten sich auch unter dem Vorwurf «kleinbürgerlicher» Gesinnung die jüdische Abstammung Chisinevschis und die jüdische Herkunft der Gattin Miron Constantinescus verbergen, so trat in der dünnschichtigen KP-Hierarchie Bukarests immerhin ein akuter Nachholbedarf an repräsentationsfähigen Parteiintellektuellen auf. Als der siebenbürgische Popensohn und Außenpolitiker des Regimes — seit Juli 1957 2. ZK-Sekretär der «Rumänischen Arbeiterpartei» (RAP) — Grigore Preoteasă am 5. 11. 1957 mit seinem Regierungsflugzeug einem Sabotageakt zum Opfer gefallen war, wurde die Nachfolgefrage erst recht dringlich. Am 7. 1. 1958 starb Dr. Petru Groza, 72jährig, u. a. vielleicht auch an den Folgen eines Pistolenattentates, das ein Politbüromitglied vor Grozas erster «offizieller» Herzattacke gegen diesen «opportunistischen Gutsbesitzer» verübt hatte. Bereits am 11. 1. 1958 hatte die Rumänische Volksrepublik ihr neues offizielles Staatsoberhaupt: Ion (Jean) Gheorghe Maurer, Rechtsanwalt und Nachfahre eines längst rumänisierten Schäßburger Bürgergeschlechts, der — ebenso wie sein Vorgänger Dr. iur. Groza — Bourgeois, Rechtsanwalt, Villenbesitzer und passionierter Tennisspieler ist. Außenminister wurde der nicht minder bürgerliche Rechtsanwalt und zeitweilige Parlamentssekretär Bunaciu.

Vordergrundgefechte der «Machtgruppen»

Es hieße der ideologischen Linientreue eine überflüssige Reverenz erweisen, wollte man Rumäniens «Stalinisten», «Antistalinisten» und «Neostalinisten» unter dem Gesichtspunkt der Überzeugungstreue einordnen. Denn stets handelte und handelt es sich um die zeitgerechte Anpassung an die unvermittelten Zickzackwendungen irgendwelcher «Kurse» des Kremls.

Auch innerhalb der obersten KP-Hierarchie Bukarests geht es nicht um die «Idee», sondern um wechselnde Protektoren des Kremls, um Schlüsselpositionen der Cliquen, um persönlichen Anhang in den Funk-

tionärskadern. Jedenfalls bis Ende März 1958 verfügte der erste ZK-Sekretär Gheorghiu-Dej rein äußerlich über die stärkere Gruppierung: Ministerpräsident Stoica, Sicherheitsminister Drăghici, Heeresminister Sălăjeanu, der Gewerkschaftsführer Apostol zählen zur augenblicklichen «Siegergruppe». Noch um die Jahresmitte 1957 nannte man als Angehörige der «liberalisierenden» Gegengruppe: Iosif Chişinevschi und dessen einflußreiche Gattin Ljuba, Constantinescu, Constantin Pîrvulescu, den Szekler Alexandru Moghioroş und Armeegeneral Bodnăraş (seit 1955 ohne militärisches Kommando).

Figuren- und Felderbesetzung des rumänischen Schachbrettes sind jedoch ebenfalls einem dauernden Wechsel unterworfen. War es tatsächlich nur die Polit-Managerkrankheit, welche Gheorghiu-Dej monatelang bis zur Februarmitte 1958 am Auftreten in der Öffentlichkeit hinderte? Sollten jene Beobachter recht haben, die den «Stalinisten» Stoica als ernsthaften Rivalen des allmächtigen Parteichefs Gheorghiu-Dej ansehen? Wer indessen den Premier Stoica auch nur einmal beim mühsamen Ablesen eines Rednermanuskripts beobachtet hat, wird dem schlicht veranlagten, ehemaligen Eisenbahnerbrigadier zwar blinde Ergebenheit vor Befehlen von «oben», nicht aber persönliche Initiative zutrauen.

Die echten Gegensätze des Bukarester KP-Regimes spielen heute vielmehr — wie in den meisten Ostblockländern — auf sozialpolitischer Ebene. Parteiführer und Chefplaner geraten beinahe zwangsläufig in Gegensatz zu den Spitzenfunktionären, die als staatliche Gewerkschaftsbosse immerhin einige Interessen der Arbeiterschaft verfechten wollen. Der jetzige Gewerkschaftsführer, Apostol, ist als Mann gegen fünfzig wohl der Jüngste der «alten Garde», energisch, hart im Nehmen, sehr ehrgeizig. Es kommt ihm nicht bloß infolge der labilen Wirtschaftslage derzeit eine gewisse Bedeutung zu; er könnte sich innerhalb der Spitzenränge u. U. noch stärker in den Vordergrund spielen.

Gibt es eine Résistance?

Wir sprachen kürzlich mit einem nationalrumänischen Partisanenführer unter dem Kommando des inzwischen fast legendär gewordenen «Colonel Gavrilă». Erstmalig hörten wir von ihm, daß z. B. im Sommer 1955 mindestens 15 Bataillone Spezialeinheiten der Sigurantza ein Gebiet in den Südkarpathen ergebnislos nach Partisaneneinheiten von Gavrilă durchkämmten — nicht zuletzt darum, weil ihm der Funk-Code dieser Sigurantzatruppen bekannt war und er mit Hilfe verschlüsselter Meldungen deren Stäbe irreführte. (Es konnte nicht fehlen, daß sich «Colonel Gavrilă» nach geglücktem Ausbruchversuch seiner Einheiten bei den Funkstellen der volksdemokratischen Spezialverbände höflichst bedankte.)

Die Sigurantza nennt die bewaffneten Partisanen in Rumänien «mistreţii» (mistretzi, «Wildschweine»). Die haßerfüllte Apostrophierung erscheint auch insoweit berechtigt, als auch zur letzten Jahreswende das Offizierskorps der innerministeriellen Sicherheitstruppen im Kampf gegen nationalrumänische Partisanen mehrere Todesopfer zu beklagen hatte.

Ungefähr vor Jahresfrist fand in der rumänischen Hauptstadt ein Geheimprozeß gegen sehr prominente Angehörige des kernphysikalischen Forschungszentrums der Rumänischen Volksrepublik statt, der mit mehreren Todesurteilen schloß. Wir erwähnen diese verbürgte Tatsache, weil solche Geheimverfahren — aber auch massenweise Liquidierungen ohne Gerichtsurteil — Begleiterscheinungen des volksdemokratischen Alltags in Rumänien sind. Nachweisbare Tatbestände aktiver Résistance und drakonischer «Reinigung» erfährt zwar die Freie Welt erst nach beträchtlichem Zeitabstand. Dennoch sollte die Weltdemokratie diesen Opfergang freiheitswilliger Rumänen ernstnehmen.

Begreiflicherweise aber fügt heute, nach 14jähriger Sowjetbesatzung, vornehmlich der *passive* Widerstand in Rumänien dem Mos-

kauer Totalitarismus die entscheidenden Einbußen zu. Diese stille Résistance beginnt mit einer beinahe unausweichlichen Diebstahls- und Korruptionsgemeinschaft aller «Werktätigen» gegen die angeblich lückenlose Kontrolle des Staatseigentums, weil Verarmung, unzulängliche Einkommen, überteuerte Qualitätswaren nach 18jähriger «Kriegswirtschaft» «Saboteure», «Volksschädlinge», «kapitalistische Klassenfeinde» gegen die Methode einer Dauerkrise geradezu auf den Plan rufen.

Rumäniens Ausbeutung und Selbstausbeutung

Die Auffassung herrscht zwar vor, daß die Lebenshaltung der Erwerbstätigen Rumäniens *über* dem sowjetischen Standard z. B. in Kiew, Moskau oder Leningrad liegt. Andererseits versichern einem sogar loyalitätsbeflissene Volksdemokraten, daß Rumäniens Wirtschaft infolge rüstungsbedingter Mammutprojekte und übersteigerter Exportverpflichtungen derzeit beinahe ausweglos anmutet. Die finanzielle Bürde der «Volksarmee», des gigantischen Sicherheitsapparates, ungezählter Kontrollorgane, die Einbußen der forcierten Agrarkollektivierung sowie einige sozialpolitische Palliative haben 1957 auch erstmals eine Tempoverlangsamung des Industrieaufbaues erzwungen. Doch auch im Vorjahr betrug die Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion immerhin noch 8,3% (1956 11%); die Verbrauchsgüterindustrie dagegen wies 1957 für den Inlandverbrauch die unzureichende Ausweitung um 5,1% auf (1956 7%). Gegenüber der katastrophalen Mißernte von 1956 kam die gute Vorjahresernte dem Kollektivierungsexperiment in der Landwirtschaft sehr zustatten. Bis Ende 1957 war innert Jahresfrist die Zahl der Kolchosen-«Einheiten» um ein Sechstel — auf 14379 — gestiegen. Gegenwärtig bearbeitet der «sozialistische Sektor» über 51% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Rumäniens.

Die soziale Kehrseite der anhaltenden Selbstausbeutung der Planwirtschaft im Zeichen sowjetischer Lieferauflagen, das Ergebnis einer Überforderung und Ausbeutung der Arbeitskräfte, bildet auch gegenwärtig ein Niveau der Reallöhne, das für viele Branchen noch immer *unter* dem Vorkriegsstand liegt. Dabei verzeichnet die offizielle Statistik für 1957 eine 10%ige Erhöhung der Nominallöhne, die nach wie vor mit den inoffiziellen Preissteigerungen wichtiger Qualitätswaren nicht Schritt halten. Ebenso gesteht der offizielle Planbericht ein, das Wohnbauprogramm für 1957 sei bloß zu 63% erfüllt worden. Für die 17,5-Mill-Bevölkerung Rumäniens wurden im Vorjahr insgesamt 11 100 Wohnungen (750 000 m²) fertiggestellt.

«Klassenkampf» und Scheinkonzessionen an den Westen

Wie oben erwähnt, bemüht sich Rumäniens KP-Herrschaft unter dem Zwang der sowjetischen Entspannungsoffensive sogar um die Normalisierung der diplomatischen und außenhandelsmäßigen Beziehungen mit den USA. In Westeuropa zählen besonders die Schweiz, Frankreich, die Deutsche Bundesrepublik als potentielle Industrielieferanten zu den Nahzielen einer rumänischen Verständigungspolitik. Wichtige Positionen des Bukarester Außenministeriums und der Außenhandelsmonopole werden mit exbourgeoisen Repräsentanten besetzt, ebenso kulturpolitische Spitzenränge. Bukarest bekundet seit dem letzten Herbst im Verkehr mit dem Westen die Bereitschaft zu einigen vermögensrechtlichen Konzessionen und Zugeständnissen hinsichtlich der Ausreise deutschsprachiger und mosaischer Staatsbürger zu ihren Familien im «Westen». Mit Hilfe dieser eigentlich selbstverständlichen «Konzessionen» will die Diplomatie der Rumänischen Volksrepublik vermehrte Industrielieferungen und möglichst auch Anleihehilfen aus dem Westen erreichen und gleichzeitig die Anerkennung des kommunistischen Diktatursystems in Rumänien durch die Freie Welt erwirken.

Im Gegensatz zu dieser außenpolitischen «Tauwetter»-Stimmung ist jedoch Rumäniens Innenpolitik wieder einmal auf «harten» Kurs gestellt. Nach den ersten Erschütterungen des ungarischen Oktobers und den hastigen Versprechungen des ZK-Plenums, Ende Dezember 1956, an die «Werktätigen» sind indessen auch die innenpolitischen Methoden des Regimes diffuser geworden. Verschiedene Berufsgruppen, «mitwohnende Nationalitäten», Altersklassen, Kirchengemeinschaften unterliegen oft gleichzeitig einer sehr unterschiedlichen Behandlungsweise. Man kann seit Jahresfrist sogar von mehreren, hektisch wechselnden «Kursen» sprechen, in denen soziale Zusicherungen, drakonische Bekämpfung jugendlicher Exzesse, Haftentlassungen, neue Verhaftungswellen, Gehaltserhöhungen für die Lehrerschaft, verbesserte Nachwuchsförderung und verschärfte politische Strafjustiz Ebbe und Flut diktatorialer Maßnahmen zum Ausdruck bringen.

Seit der ungarischen Oktoberrevolution hat Rumäniens Bevölkerung im Grunde die Hoffnungen auf eine westliche Hilfe im Befreiungskampf gegen den Sowjetkommunismus aufgegeben. Daß der schweigende und passive Widerstand gegen diese ideologische und nationale Fremdherrschaft dennoch ungebrochen ist, zeigt, wie sich unterdes die nationalen Aufbruchkräfte auf einen u. U. langdauernden Kampf für die staatliche und nationale Selbstbestimmung umgestellt haben. Auch ist es eindrucksvoll, zu beobachten, daß die Zersetzungs- und Unterdrükkungsmethoden des kommunistischen «Apparates» sich allmählich gegen die Peiniger selbst auswirken. Rücksichtsloses KP-Nutznießertum, Machtroutine, Karrieremacherei, Korruption und Verantwortungsscheu kennzeichnen diesen politischen Unglauben, der von der «Jungen Garde» bis in die Parteispitze reicht. Die «Revolution von oben» ist zur Versorgungsanstalt geworden, in der sich eine herrschende Minderheit unter Moskaus Fittichen unter allen Umständen zu behaupten trachtet.

Gespräch über Apartheid

zwischen

Alfred Hotz (Lehrer am Eingeborenenseminar in Lemana, Transvaal) und
Dr. Peter Sulzer (Verfasser von «Schwarze Intelligenz», Atlantis-Verlag)

Sulzer: Als ich vor sechs Jahren Südafrika bereiste, hatte ich den Eindruck, daß die Südafrikanische Union an einem Scheideweg stand. Die vom Inder- und Afrikanerkongreß organisierte Bewegung des passiven Widerstandes gegen die Rassengesetze erreichte gerade in der Zeit, in der ich den Boden Südafrikas betrat, ihren Höhepunkt und versetzte das ganze Land in nicht geringe Unruhe. Die Entscheidung zwischen der konsequenten Rassentrennung und der allmählichen Eingliederung der Farbigen in die Gemeinschaft der Weißen, also zwischen Apartheid und Integration, wie der Südafrikaner sagt, schien noch nicht getroffen, die Weiche noch nicht gestellt zu sein. Eine Rückkehr zur Integrationspolitik lag, mindestens für Überseeraugen, noch durchaus im Bereich des Wahrscheinlichen. Aber mit dem Wahlsieg der Nationalen Partei im Frühjahr 1953 war die Linie der Apartheid für fünf weitere Jahre gesichert, und das Resultat dieser Sicherungszeit ist eine Reihe von Gesetzen, die dem Gedanken der Rassentrennung in Politik,

Wirtschaft, Gesellschaft, Schule und Kirche Nachachtung verschaffen sollen. Südafrika ist, wenn man die heutige Lage mit der Lage des Jahres 1952 vergleicht, unter der festen Hand von Malan und Strijdom offensichtlich ruhiger geworden. Im Ausland aber bleibt man im Hinblick auf Südafrika dennoch unruhig, und diese Unruhe vermag Südafrika nicht leicht aus dem Wege zu räumen, weil sich doch kaum bestreiten läßt, daß die Grundlinie der südafrikanischen Politik den Strömungen unserer Zeit zuwiderläuft. Was hat der Südafrikaner auf diesen Vorwurf der Weltöffentlichkeit zu entgegnen?

Hotz: Südafrika hat den Weg der Apartheid gewählt, weil er im gegenwärtigen Zeitpunkt der einzig gangbare ist. Apartheid ist die einzige Lebensform, die im Unionsgebiet ein friedliches Zusammenleben der Völker verschiedener Rasse ermöglicht. Der Vorwurf des Auslandes, Südafrika stehe mit der geistigen Situation unserer Zeit im Widerspruch, gründet sich auf die falsche Voraussetzung, daß die Union eine von Weißen beherrschte schwarze Kolonie sei und daß Apartheid ein Mittel zur Unterdrückung ihrer farbigen Völker darstelle. Aber die Südafrikanische Union ist, wie Sie wissen, ein weißer Staat. Sie ist die Heimat eines Volkes, das wie andere Völker den berechtigten Anspruch erhebt, seine Geschicke selber zu bestimmen. Die Politik der Apartheid, als Mittel zur Selbstbehauptung dieses Volkes und als Weg für die den Einflüssen der Zivilisation ausgesetzten Bantuneger, ihre eigenen Werte zu bewahren, wird von Leuten gehandhabt, die es mit den Bantu wirklich gut meinen und absolut vertrauenswürdig sind.

Sulzer: Das Selbstbestimmungsrecht der südafrikanischen Nation möchte ich in keiner Weise anfechten. Es ist bei uns allgemein auch viel zu wenig bekannt, wie die Union entstanden ist — daß die Europäer vor den Bantu am Kap waren und auf ihrem Großen Trek nordwärts weitgehend entvölkerte Gebiete besiedelten und nutzbar machten. Ich anerkenne, daß die weißen Südafrikaner eine Nation mit eigener Geschichte und Überlieferung sind; ich achte die erfolgreichen Bestrebungen der Kapholländer um die Förderung und Erhaltung ihrer eigenen Sprache und Kultur; ich verstehe auch, daß die Südafrikaner weiterhin das Heft in der Hand haben und daher nicht an ein allgemeines Wahlrecht für Europäer und Nichteuropäer, an eine Demokratie in unserem Sinne, denken können. Trotzdem beschleicht mich als Schweizer ein Gefühl des Mißbehagens, wenn ich mir vergegenwärtige, daß die über 9 Millionen Bantu, soweit sie im Gebiet der Weißen arbeiten, keine unmittelbaren politischen Rechte genießen. Wer arbeitet, sollte doch auch das Recht besitzen, seine eigenen Leute ins Parlament zu wählen.

Hotz: Der südafrikanische Staat hatte bisher die Gestalt einer einzigen Pyramide, in deren Spitze die Belange sämtlicher Bevölkerungsteile zusammenliefen. Durch den Ausbau des Department of Native Affairs zu einem für alle Bantu-Angelegenheiten verantwortlichen Verwaltungskörper ist innerhalb der Union gewissermaßen eine zweite Pyramide entstanden, ein Staat im Staate, in welchem führende Bantu wichtige Positionen einnehmen werden. Eine schwarze Parlamentsvertretung wäre in Südafrika ein Ding der Unmöglichkeit. Schwarze und Weiße denken zu verschieden; je länger ich in Afrika bin und mit Schwarzen Kontakt habe, desto fremder werden mir die Schwarzen. Der Schwarze handelt, auch in der Politik, aus eigenem und eigenstem Interesse. Er schaut im Unterschied zum Weißen nicht aufs große Ganze; er blickt nicht über seine eigenen Belange hinaus — und zudem, wozu soll man Schwarze über Angelegenheiten mitreden lassen, die finanziell von den Weißen bestritten werden? Der Schwarze muß minime Steuern bezahlen, während wir Weiße tüchtig geschröpft werden.

Sulzer: Und die indirekten Steuern, die der Schwarze durch seine billige Arbeit in den Bergwerken entrichtet? Da die Volkswirtschaft der Europäer von der Arbeitskraft der Nichteuropäer abhängt, glaube ich,

daß — mindestens auf lange Sicht — eine politische Vertretung der Farbigen im Lebensraum der Weißen nicht zu umgehen sein wird.

Hotz: Apartheid ist, wie ich schon sagte, die für Südafrika im gegenwärtigen Zeitpunkt einzig mögliche Lösung.

Sulzer: Vielfach wird daraus jedoch weit mehr gemacht — eine Weltanschauung, eine Rassentheorie, die auch auf andere Länder Anwendung finden soll. «Unsere Ideen und Erfahrungen», so lese ich in einem Artikel der vom Südafrikanischen Büro für Rassenangelegenheiten herausgegebenen Zeitschrift, «werden der Welt das Rezept liefern, nach dem gute Rassenbeziehungen herzustellen sind. Wir werden der Menschheit einen Dienst tun.» Hier, will mir scheinen, gehen die Verfechter der Apartheid einen unnötigen Schritt zu weit.

Hotz: Nein, sie gehen nicht zu weit. Wenn die christlich denkenden Südafrikaner allen Ernstes glauben, sie könnten der Welt eine bessere Lösung zur Verständigung zwischen den Rassen zeigen, kommt das aus der Überzeugung heraus, daß sie sich wirklich auf dem richtigen Weg befinden, die schwierigen Fragen zu meistern, vor die sie eine große Mehrheit noch sehr zurückgebliebener Bantu in Südafrika stellt. Sie handeln und denken so als echte weiße Eingeborene Südafrikas, denen das Wohl der schwarzen Eingeborenen am Herzen liegt.

Sulzer: Trotzdem glaube ich, daß Apartheid, falls sie sich menschlich bewährt, eine den südafrikanischen Voraussetzungen entsprechende Sonderform einer Koexistenz von Schwarz und Weiß darstellt, neben der innerhalb Afrikas noch andere Lösungen denkbar sind, etwa eine zentralafrikanische nach rhodesischem Vorbild oder eine westafrikanische nach dem Muster Ghanas. Und jedenfalls sehe ich den Prüfstein einer den sozialen Frieden wirklich gewährleistenden Apartheid im menschlichen Verhalten zwischen Angehörigen der verschiedenen Rassen. Nur wo die Achtung vor dem Mitmenschen jeder Hautfarbe gelehrt und gelebt wird, scheint mir der Friede gesichert. Ließe sich in dieser Hinsicht in Südafrika nicht einiges verbessern? Ließen sich nicht gewisse Taktlosigkeiten im Verkehr mit Nichteuropäern vermeiden?

Hotz: Gerade die Apartheid kann viele Reibungsflächen ausschalten, so etwa, wenn die Schalter getrennt und jedermann von Angehörigen der eigenen Rasse bedient wird. Die gelegentliche Rüpelhaftigkeit im Umgang mit Nichteuropäern beruht auf Mangel an guter Erziehung, und im übrigen sind die Fehler stets auf beiden Seiten zu suchen. Es gibt unerhört freche Bantu, und überhaupt wissen sich die Schwarzen im allgemeinen recht gut zu wehren.

Sulzer: Ein Fehler seitens der Schwarzen, der mir im Gespräch mit Bantunegern bewußt wurde, ist ihre mangelhafte Bereitschaft zur Zusammenarbeit selbst da, wo lebenswichtige Interessen der schwarzen Bevölkerung auf dem Spiele stehen — etwa im Bereich der landwirtschaftlichen Reformen in den Eingeborenenreservaten.

Hotz: Schwarze sind wie Kinder im Trotzalter —

Sulzer: Ein in Afrika oft, sicher zu oft gehörtes Argument —

Hotz: sie leisten jedem Befehl Widerstand, wenigstens anfänglich. Es werden zurzeit mit Hilfe von schwarzen Instruktoren und Mustertrustfarmen in den Reservaten schöne Erfolge erzielt. Einzelne selbständige Bantubauern bezahlen schon bis 2000 Pfund Einkommenssteuer im Jahr.

Sulzer: Aber bei allen Anstrengungen um die Verbesserung des Bodenertrages bleibt doch das im Falle einer endgültigen Verwirklichung der Apartheid ungerechte Verhältnis zwischen den Einwohnerzahlen der verschiedenen Bevölkerungsteile und den ihnen zugewiesenen Territorien bestehen. Diesem Mißverhältnis könnte meines Erachtens am ehesten durch die schon vor einem halben Jahrhundert in Aussicht gestellte Eingliederung der britischen Protektorate Basutoland, Swaziland und Betschuanaland ins Unionsgebiet Abhilfe geschaffen

werden, eine Operation, die das britische Unterhaus aber nach wie vor ablehnt.

Hotz: Vorläufig behilft man sich dadurch, daß man die Industrie dezentralisiert, indem an den Rändern der Reservate und Protektorate Fabriken errichtet und damit neue Verdienstmöglichkeiten für die Bantu geschaffen werden.

Sulzer: Und dennoch bleibt das sozial unbefriedigende System der Wanderarbeit bestehen und wird durch die schärfere Einwohnerkontrolle und die Rücksiedelung von Familienangehörigen der Bantuarbeiter ins Reservat noch unterstrichen. Wanderarbeit bedeutet bekanntlich Zerrüttung der Familien und daher eine sittliche Gefahr für die Bantu.

Hotz: Es kommt jedoch auch das Gegenteil vor. So werden die Hausangestellten, die bisher bei der Herrschaft im Hinterhof wohnten und aus Mangel an Freizeitbeschäftigung und Unterhaltungsmöglichkeiten leicht auf Abwege gerieten, mehr und mehr in der Bantulokation bei ihren Familien untergebracht. Und in derselben Richtung wirken auch die Industrieanlagen am Rande der Reservate. In den letzten neun Jahren wurden 13 städtische Siedlungen in Bantugebieten angelegt und 60 weitere sind geplant... Gegen die Verwahrlosung der Sitten richtet sich sodann das von den Bantu heftig angefochtene Paßgesetz für Bantufrauen. Aber zum Erlaß dieses Gesetzes kann man nur sagen: Gott sei Dank! Der Bantufrauenpaß als Mittel zur Einwohnerkontrolle und zur Fernhaltung anrüchiger Personen von den Lokationen ist eine unbedingte Notwendigkeit... Und schließlich wird das neue Bantuschulgesetz, das die Heranziehung von sehr viel mehr Schulkindern als bisher zum Schulunterricht erlaubt, im Sinne einer Verbesserung der sittlichen Zustände, vor allem der Verminderung der Jugendkriminalität, wirken.

Sulzer: Viele Neuerungen des Bantu-Erziehungsgesetzes — vor allem die Pflege der Eingeborenensprachen, die Bildung von Bantu-Schulkomitees und überhaupt das Prinzip der Bezogenheit der Schule auf die Umwelt des Bantukindes — dürften zweifellos im Interesse der Schwarzen liegen. Daß übrigens der Südafrikaner an der nach Rassen getrennten Schule festhält, kann man ihm in Anbetracht der kulturellen Niveau-Unterschiede und des zahlenmäßigen Übergewichtes der Farbigen schwerlich verübeln. Weniger gut würde ich es begreifen, wenn auf höchster Ebene — an den Universitäten von Kapstadt und Johannesburg, wo eine beschränkte Zahl von Bantustudenten zugelassen ist, die Möglichkeit eines gemeinsamen Unterrichts nicht weiterbestehen sollte. Auch will mir an den neuen geplanten Hochschulen nicht gefallen, daß sie kraft der Vollmachten des Ministers für Eingeborenensachen in gewissem Sinne staatlich gelenkte Institutionen sein werden... Gegen staatlich gelenkte Universitäten haben wir Europäer in Europa aus naheliegenden Gründen ein eingefleischtes Mißtrauen.

Hotz: Vom Ausschluß der Nichteuropäer aus gemischten Universitäten ist gegenwärtig nicht die Rede. Die nichteuropäischen Studenten sind wie bis anhin zu den verschiedenen Fakultäten zugelassen und unterstehen weiterhin dem Erziehungsdepartement. Die Errichtung von Hochschulen für Bantu wird die Zulassung einer sehr viel größeren Zahl von Bantuschülern zum Universitätsstudium erlauben; vor allem werden mit der geplanten Bantu-Akademie in Nordtransvaal auch die ländlichen Gebiete zum Zuge kommen. Ich bin davon überzeugt, daß das Hochschulleben der Nichteuropäer in naher Zukunft einen großen Aufschwung nehmen wird. Auf seiten der Regierung ist das nötige Verantwortungsgefühl durchaus vorhanden.

Sulzer: Meines Wissens wurden die vom Staat für Bantuschulen zur Verfügung gestellten Mittel auf jährlich sechseinhalb Millionen Pfund begrenzt. Alles Weitere muß von den Schwarzen selbst bestritten werden. Wie kann man sich vorstellen, daß sie die Mittel für eine moderne Bildungsstätte aufbringen, die beispielsweise auch ihrem Wunsch nach technischer Schulung entspräche?

Hotz: Geplant ist eine Theologenschule; durch das Bestehen der medizinischen Fakultät für Nichteuropäer an der Universität von Natal ist das Budget einigermaßen entlastet. Was das Technische betrifft, so will man vorerst das Hauptgewicht auf die handwerkliche Ausbildung legen. Die Schule von Vlakfontein gibt in dieser Beziehung die Richtung an.

Sulzer: Die handwerkliche Ausbildung erscheint mir als Voraussetzung zur Bildung eines für den sozialen Frieden unerläßlichen Bantumittelstandes als außerordentlich wertvoll. Trotzdem befriedigt mich die Haltung Südafrikas in der Universitätenfrage nicht recht. Sie kommt mir irgendwie unnötig starr vor und dazu angetan, dem Ansehen Südafrikas in der abendländisch-westlichen Welt zu schaden. Und ähnlich geht es mir auch in bezug auf die Kirchenklausel des Native Law Amendment Act, die doch den Minister für Eingeborenenensachen ermächtigt, mit Einwilligung der Ortsbehörde in gewissen Fällen den Zutritt von Schwarzen zu Europäer-Gottesdiensten zu untersagen und in Kirchenkreisen des In- und Auslandes viel Aufsehen erregt hat.

Hotz: Die Kirchenklausel ist ein weiteres Mittel zur Verhütung unliebsamer Zwischenfälle. Vollkommen unwahr ist die oft gehörte Behauptung, daß sich der Minister für Eingeborenen-Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken in die Religionsfreiheit einmischen könne. Nur wenn Klagen vorliegen, würde er andere Möglichkeiten für den Gottesdienst prüfen. Die Politik der Apartheid will eben auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens Unannehmlichkeiten vorbeugen.

Sulzer: Müßte nicht zur Verhütung von Mißverständnissen über Wesen und Sinn der christlichen Botschaft in diesem Falle das Risiko von Unannehmlichkeiten getragen werden? Jedenfalls scheint mir, daß irgendwo auf höchster Ebene — in Politik, Wirtschaft, Schule und Kirche — ein gemeinsamer Nenner zwischen Schwarz und Weiß angestrebt werden muß, sofern die beiden Rassen nicht in zwei einander gegenseitig mißverstehende Blöcke auseinanderklaffen sollen. Und es sind ja, soviel ich weiß, in letzter Zeit gerade auch aus Kreisen, die die Apartheid befürworten, Stimmen laut geworden, die für die Pflege von Beziehungen zur gebildeten Oberschicht der Bantu eintreten. Macht sich vielleicht schon eine Art von Gesinnungswandel im Verhältnis zwischen Menschen verschiedener Hautfarbe bemerkbar?

Hotz: Das möchte ich nicht bestreiten. Anderseits aber wird die Frage der Weiterentwicklung, die Frage, ob sich im Laufe der Zeit Schwarz und Weiß auf einer gemeinsamen Ebene begegnen können, in erster Linie von den Bantu selber abhängen, davon nämlich, ob sie bereit sind, die große Chance, die die Apartheid ihnen bietet, zu ergreifen und aus sich ein Volk zu machen, das sich selber achtet und von andern geachtet wird. Der Gedanke der Rassentrennung, der Südafrikas Geschichte bestimmend beeinflußt hat, wird der Union weiterhin den Weg in die Zukunft weisen, und ich bin persönlich davon überzeugt, daß die Nationale Partei im Frühjahr am Ruder bleiben wird.

Sulzer: Ich danke Ihnen für Ihre Bereitwilligkeit, mir Rede und Antwort zu stehen. Mein Interesse für Südafrika beruht auf der Überzeugung, daß dieses Land ein Stück Europa und gleichzeitig ein Stück Afrika ist, das der westlichen Welt erhalten bleiben muß, und ich glaube, daß die Südafrikaner mit Bezug auf die Art und Weise, wie sie den farbigen Menschen begegnen, als christliche Nation eine besonders große Verantwortung tragen. Ich gebe zum Schluß meiner Hoffnung Ausdruck, daß wir uns eines Tages in einem glücklichen Südafrika wiedersehen werden.

Die militärische Ausbildung im Jahre 1958

Eine populäre Maßnahme

Die Abschaffung des Gewehrgriffs ist als populäre Maßnahme zu werten, die in militärischer Hinsicht keineswegs eilte. Das Sturmgewehr ist noch nicht einmal in den Händen unserer Rekruten, geschweige denn im Besitz der Feldarmee. Auch die Ausgabe eines in Aussicht stehenden neuen Exerzierreglements zwang nicht zu dieser Eile. Dem Vernehmen nach hätte man ruhig mindestens noch ein Jahr warten können. Auch hätte dieser Entscheid in einem Zeitpunkt erfolgen sollen, in dem keine Truppen im Dienst sind. Am 12. März waren aber Dutzende von Rekrutenschulen seit Wochen im Gange und drei verstärkte Heereseinheiten standen im WK.

In einem Teil der Presse ist die Abschaffung des Gewehrgriffs als Beseitigung eines alten Zopfes begrüßt worden. Vereinzelt wird aber auch auf die Kehrseiten des Entscheides hingewiesen. Das *Berner Tagblatt* vom 16. 3. bemerkt, die fortschreitende Aufrüstung unserer Armee habe eine schweizerische Maginotmentalität hervorgebracht, die allzu einseitig auf die technische Rüstung vertraue. «Wie aber nach den heutigen Ausbildungsformen die nötige Härte und Disziplin der Truppe erzielt werden soll, ist unersichtlich. Es fehlen nicht nur die nötigen Methoden, sondern es fehlt im tiefsten Grund ...der Wille dazu.» «Was man mit Geld kaufen kann, findet noch Zustimmung. Was aber Strapazen, Disziplin und straffes Unterziehen unter eine ebenso straffe Führung erfordert, ist dem Schweizervolk unbequem und zurzeit unerwünscht.»

Wer die erzieherische Bedeutung des Gewehrgriffs am eigenen Leibe erfahren hat und dessen Anwendung sinnvoll ausübte, weiß, daß er keineswegs ein «Symbol des Kadavergehorsams nach preußischer Tradition» war, wie die *Weltwoche* behauptet (Nr. 1271, 21. 3), sondern schweizerisches Gewächs und ein ausgezeichnetes Mittel war, um jeden Soldaten, ohne Rücksicht auf dessen körperliche und geistige Fähigkeiten, zu völliger Konzentration und Selbstbeherrschung zu zwingen. Als Drillbewegung kennen wir jetzt nur noch die Achtungstellung. Sie wird aber vielfach nur als äußere Form der Haltung betrachtet; innere und äußere Straffheit werden häufig nicht mehr gefordert. Dieser Tatsache hat der neue Gruß des Mannes mit Handanlegen bei der Achtungstellung Vorschub geleistet.

Die Mehrzahl der ausländischen Armeen hat bis jetzt nicht auf den Drill verzichtet. Niemand wird sich einbilden, der Schweizer sei ein so vorzüglicher Soldat, daß er keine Drillerziehung nötig habe, wie dies in einem Aufsatz der Zeitschrift *Civitas* (3/4, 1955) behauptet worden war. Auf alle Fälle darf der Gewehrgriff nicht durch den sogenannten Waffendrill ersetzt werden. Ziel der Waffenausbildung ist die Automatisierung bestimmter Bewegungen und Handgriffe, völlige Sicherheit bei sich gleichbleibender Exaktheit, ohne dabei die geistige Konzentration in Anspruch zu nehmen. Im Gegenteil. Der Mann muß seine Sinne auf die ihm gestellte Aufgabe konzentrieren und dabei die Handgriffe an den Waffen automatisch ausführen.

Es ist schade, daß die Versuche, den Gewehrgriff mit dem Sturmgewehr beizubehalten, offenbar resultatlos verliefen. Die endgültige Preisgabe des Gewehrgriffs beraubt die Vorgesetzten eines ausgezeichneten Mittels der Erziehung zur Straffheit. Werden sie die Energie aufbringen, auf andere Art und Weise die mit der Einführung des Exerzierreglements von 1908 erstmals geforderte Straffheit, die der heutige Soldat mehr denn je braucht, lebendig zu erhalten?

Wiederholungs- und Ergänzungskurse

Die 1957 angeordnete vermehrte Panzerabwehrausbildung und der durch die Grippe-

epidemie bedingte Widerruf von Truppenaufgeboten wirken sich teilweise auch auf die Kurse des Jahres 1958 aus. Die Truppen, welche infolge der Grippe 1957 keinen WK leisten konnten, namentlich die Divisionen 4, 6 und die Gebirgsbrigade 11, werden 1958 nicht nur mit erheblich stärkeren Kursbeständen einrücken, sie haben auch die vermehrte Panzerabwehrausbildung und den verlängerten Kadervorkurs für die Offiziere nachzuholen, wie die 1958 zum Ergänzungskurs einberufenen Landwehrtruppen. Der Ausfall eines Manöver-WK im vergangenen Jahr wird teilweise kompensiert durch die Mitwirkung der 6. Division an den Manövern des 4. AK. Erstmals haben damit an einem Manöver-WK drei Heereseinheiten teilgenommen: die 6. Division und die beiden Leichten Brigaden 2 und 3. Im Spätherbst wird das 2. AK einen Manöver-WK mit der 5. Division und der Leichten Brigade 1 durchführen.

Eine wichtige Neuerung bildet die Weisung des EMD, wonach die Truppe in allen Diensten über das Kriegsrecht und über Sinn und Zweck der Genfer Abkommen zum Schutze der Kriegsopfer zu orientieren ist. Ebenso werden die geistige Betreuung sowie die Orientierung der Truppe über staatspolitische Tagesfragen, Probleme der materiellen Rüstung, fremde Armeen usw. als wichtige Aufgaben aller Kommandostellen bezeichnet. Sie können durch die Truppenkommandanten selbst, durch truppeneigene oder durch auswärtige Referenten erfolgen; parteipolitische Diskussionen müssen strikte unterbleiben. Die in den Armeekorpsstäben neu eingeteilten Verbindungsoffiziere Heer und Haus befassen sich mit allen Problemen von Heer und Haus und stehen zu diesem Zweck den Truppenkommandanten zur Verfügung.

Außerordentliche Instruktionsdienste

Die 1957 angeordneten außerordentlichen Instruktionsdienste erstrecken sich zum Teil auch auf das Jahr 1958 und umfassen drei Militärsanitätsanstalten, die Stabsdetachemente von 2 Territorialzonen und 2 Territorialkreisen sowie eine Anzahl Mobilmachungsstäbe. Am 13. 12. 1957 haben die eidgenössischen Räte außerordentliche Instruktionsdienste für die Territorialkp. und Ortswehren angeordnet. Das von sozialdemokratischer Seite ergriffene Referendum ist zustande gekommen, so daß der Entscheid voraussichtlich in einer Volksabstimmung gefällt wird. Bis zu diesem Volksbeschluß können noch keine Kurse durchgeführt werden; nachher reicht die Zeit im besten Falle nur noch für die Einberufung eines kleinen Bruchteils der Territorialkp. und Ortswehren. Es fragt sich unter diesen Umständen, ob der Bundesrat nicht besser auf die Durchführung dieser Kurse verzichten würde, womit das Referendum gegenstandslos wäre und eine unnötige Volksabstimmung vermieden werden könnte.

Umschulungen und neue Waffen

Die in den Jahren 1956 und 1957 aufgestellten und umgeschulten Panzerabteilungen 12 und 14 mit Centurion-Panzern leisten den WK 1958 noch unter Leitung der Abteilung für Leichte Truppen zur Ergänzung der Umschulung. Die 1957 begonnene Umschulung der Infanteriekanonenzüge von Infanteriebat. des Auszuges und der Landwehr auf die 9-cm-Leichte Panzerabwehrkanone wird 1958 fortgesetzt und abgeschlossen. In den Panzerabwehrkp. der Infanterieregimenter wird die 4,7-cm-Ik. durch die 10,6-cm-rückstoßfreie Panzerabwehrkanone BAT ersetzt, die im Laufe dieses Sommers abgeliefert werden soll. Die Panzerabwehrrekruten der Infanterie und der Leichten Truppen dürften bereits im Herbst 1958 an der neuen Waffe ausgebildet werden; im Dezember sollen bereits vier Panzerabwehrkp. der Infanterie auf die neue Waffe umgeschult werden. In den übrigen Panzerabwehrkp., die erst 1959 umgeschult werden, wird im WK 1958 die Ausbidlung an der Ik. eingestellt und die ganze Mannschaft an der 9-cm-Leichten Pak. ausgebildet. Die seit einigen Jahren im Gange befindliche Umschulung mobiler

Leichter Flab-Abteilungen der Heereseinheiten und Flab-Batterien der Flugplätze auf neue Geschütze wird 1958 fortgesetzt, während in den RS nun auch Radarrekruten für den Feuerleitradar der schweren Fliegerabwehr ausgebildet werden. Die für 1957 vorgesehene Umschulung der neu aufgestellten Panzersappeurkp. 52 und 54 mußte wegen der Grippe verschoben werden und findet nunmehr 1958 statt. In den Einheiten der Infanterie und der Leichten Truppen wird ein neuer Zielfernrohrkarabiner für die Scharfschützen eingeführt. Schließlich verlangt die wachsende Vielfalt der Munitionssorten die Ausbildung von Spezialisten bei allen kombattanten Truppen. In der einen Hälfte der WK wird pro Bataillon oder Abteilung eine Munitionsequipe in der Kenntnis aller Munitionssorten ihres Truppenkörpers, in der technischen Behandlung der Munition und in der Organisation der Munitionsdienstes innerhalb des Truppenkörpers ausgebildet. Diese Munitionsequipen werden bei Bedarf in die Stabseinheit des Truppenkörpers eingegliedert und für besondere Fälle den Munitionsoffizieren zur Verfügung gestellt.

Miles

Querschnitt durch neue Wirtschaftszeitschriften

Dezember 1957 bis Februar 1958 (Zitate ohne Jahresangabe beziehen sich auf 1958)

Jahresrück- und -ausblicke

Wie üblich hat um die Jahreswende der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins seinen «Bericht über Handel und Industrie der Schweiz», diesmal «im Jahre 1956», herausgegeben. In erschöpfender Weise werden die hervorstechendsten Probleme der Wirtschaft im Berichtsjahre und die Entwicklung in den verschiedenen Zweigen von Handel und Industrie des Landes, unter Ergänzung durch einen reichhaltigen statistischen Teil, erörtert. Einen Auszug enthielt die «NZZ», Nr. 3612 von 1957.

Für den in unsere Berichtszeit fallenden Jahreswechsel hat die lebhafte ökonomische Bewegung des vergangenen Jahres der Wirtschaftspresse reichlich Stoff für zurück- und vorausschauende Betrachtungen geliefert. Nur der prägnantesten unter ihnen sei hier kurz gedacht. In der Silvesterausgabe 1957 betitelt die «Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung» aus Stuttgart ihren Leitartikel: «Ende des ‚Wirtschaftswunders'». Der «Economist» vom 4., 11. und 18. 1. befaßt sich mit den «prospects for 1958» und untersucht vornehmlich, ob in Zukunft der Übergang zur Deflation vermeidbar ist. Mit Interesse verfolgt man in der «Schweizerischen Handels-Zeitung», Nr. 1 (bloße Ziffern hinter zitierten Monatszeitschriften weisen auf den Monat der Herausgabe 1958 hin), eine Beilage, die der «Weltwirtschaft an der Jahreswende» gewidmet ist. Recht anregend ist auch eine Broschüre der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Dezember: «Das Wirtschaftsjahr 1957.» Im «Bulletin» Nr. 4 von 1957 der Schweizerischen Kreditanstalt, im «Jahreszirkular 1957» des Bankhauses Rahn und Bodmer und endlich in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung», Nr. 1, werden Überlegungen zum Jahreswechsel angestellt, die einen guten Überblick über die Lage vermitteln.

Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik

Auch in der zu erörternden Periode war wieder die *Europäische Wirtschafts- und Atomgemeinschaft* neben dem Kampf *um die Freihandelszone* ein bevorzugtes Thema für Beiträge der Wirtschafts-Zeitschriften. Nur auf die

inhaltsreichsten unter ihnen soll hier Bezug genommen werden. In der Wiener «Industrie» vom 16. 11. 1957 befaßt sich der unsern Lesern bekannte Sekretär der Österreichischen Handelskammer in der Schweiz, Dr. F. Martin, mit den «Finanzproblemen der Integration in Schweizer Sicht»; er warnt vor einer «Inflationsmentalität». Der Zusammenhang zwischen Gemeinsamem Markt und Freihandelszone wird mehrfach hervorgehoben, so z. B. vom Hamburger «Wirtschaftsdienst», Nr. 11/1957. Die Aussichten für ein Zustandekommen der Freihandelszone werden verschieden, teils günstig wie in der «Schweizerischen Handels-Zeitung» vom 12. 12. 1957, teils ungünstig, so von Fürsprech Hs. Steffen in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung», Nr. 1, beurteilt; auch der «Economist» vom 25. 1. ist skeptisch. Die «NZZ», Nr. 3857 von 1957, beschäftigt sich kritisch mit den Wirkungen des Außentarifes im Gemeinsamen Markt. In der «Außenwirtschaft» vom Dezember 1957 untersucht Professor Dr. Theo Keller (St. Gallen) die «finanziellen Aspekte der wirtschaftliche Integration Europas», in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom gleichen Monat Privatdozent Ernst Heuß (St. Gallen) den Konnex zwischen «Wettbewerbspolitik und europäischer Integration». Seit der Jahreswende erscheint in Baden-Baden (Verlag August Lutzeyer) neu in halbmonatlicher Folge die Zeitschrift: «Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft». In ihren ersten 3 Heften legt der inzwischen zum Mitglied der Europäischen Wirtschaftskommission ernannte Ministerialdirigent Hans von der Groeben «Ziele und Aufgaben der wirtschaftlichen Einigung Europas» dar; mit Beruhigung wird man der Arbeit des Verfassers entnehmen, daß keine protektionistische Abkapselung der EWG geplant ist. In Nr. 2 dieser Zeitschrift verbreitet sich Oberregierungsrat W. Lepenies (Bonn) über das Verhältnis der EWG zum GATT. Schließlich wird der Leitartikel in «Finanz und Wirtschaft» vom 17. 1. betitelt: «Die Schweiz in einem Vereinigten Europa»; der Verfasser sieht im Gemeinsamen Markt die erste Vorstufe dazu.

Die *konjunkturelle Lage, international bebetrachtet*, liefert dem «Vierteljahresbericht» der Skandinaviska Banken, Nr. 4/1957, den Stoff zu einem Artikel: «Außenhandel und wirtschaftliches Wachstum» aus der Feder von Phil. Lic. Kurt M. Savosnick (Stockholm). Daß ein «schärferer Wind in der Weltwirtschaft» weht, betrübt die Wiener «Industrie» vom 9. 11. 1957. Als wertvolle Beilage zum «Monatsbericht» der Schweizerischen Nationalbank und zur «Volkswirtschaft» aus dem Volkswirtschaftsdepartement, beide Heft 11/1957, liest man mit Aufmerksamkeit die Ausführungen der Kommission für Konjunkturforschung über «die Wirtschaftslage» daheim und draußen. Die «NZZ», Nr. 3348 von 1957, läßt sich durch ihren Pariser Korrespondenten über «*die Europäische Zahlungs-Union* im Oktober» informieren. Die «Schweizerische Handels-Zeitung» spricht am 6. 2. von einer «Schicksalsgemeinschaft *OEEC*-Freihandelszone». «Aktuelle Fragen der schweizerischen Außenwirtschaftspolitik» werden von der gleichen Zeitung in einem Gespräch vom 28. 11. 1957 mit dem Beobachter der Eidgenossenschaft beim *GATT*, Fritz Halm, erörtert; sie beziehen sich auf den neuen Zolltarif der Schweiz, auf ihre Verhandlungen mit dem GATT im ersten Semester 1958, die Stellung der Landwirtschaft im GATT und das Problem der europäischen Integration. Über die GATT-Konferenz des Oktobers 1957 orientieren der deutsche «Arbeitgeber», Nr. 21/57, die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 5. und der «Economist» vom 28. 12. 1957.

Was *sonstige Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik* angeht, befaßt sich Professor Dr. Emil Gsell (St. Gallen) in der «Außenwirtschaft» vom Dezember 1957 mit der «Kaufkraft der Stundenlöhne in verschiedenen Ländern»; wir entnehmen seinen interessanten Darlegungen, um nur ein Beispiel wiederzugeben, daß im Oktober 1956 ein Arbeiter für den Erwerb von 1 kg Butter in

der Schweiz 3 Stunden 54 Min., in den USA 48 Min., in England 1 Std. 56 Min., in Italien 6 Std. 20 Min. und in Westdeutschland 3 Std. 31 Min. tätig sein mußte. Im Wiesbadener «Neuen Journal», Heft 26/57, wird der Welthandel als «weiter wachsend» bezeichnet, und in Heft 1 der gleichen Zeitschrift wird die Frage gestellt, ob «Europa um seine Chance in Afrika weiß». «Aufgaben der Automation» sind es, die in der Hauszeitschrift «Werk und wir» des deutschen Hoesch-Konzerns, Nr. 1, erörtert werden.

Schweizerische Wirtschaftsprobleme

Auch in der Berichtsperiode hat die Sorge um die weitere Gestaltung der *Konjunktur* eine bedeutende Rolle gespielt. Immerhin ist insbesondere in der letzten Zeit die Stimmung der Wirtschaftspresse entschieden zuversichtlicher geworden. Während noch am 14. 11. 1957 die «Schweizerische Handels-Zeitung» von einem verlangsamten ökonomischen Wachstum als allgemeinem Merkmal sprach und den Frankfurter «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik», Nr. 12/1957, aus Basel Informationen über «Glanz und Elend der schweizerischen Konjunkturpolitik» zugegangen sind, bezeichnet das «Bulletin» des Schweizerischen Bankvereins, Nr. 5/1957, unter dem Titel: «Inflation und Expansion» die Grundlagen als für eine Belebung der geschäftlichen Tätigkeit gesund, und auch in der Sammlung «für Sie gelesen» der Wirtschaftsförderung, Nr. 1, stößt man auf eine ganze Reihe von Pressestimmen, die für längere Sicht einen Aufschwung der Konjunktur als wahrscheinlich bezeichnen.

Die *Revision des schweizerischen Zolltarifs* findet nach wie vor lebhaften Widerhall in den Wirtschafts-Zeitschriften. Neben bloßer Inhaltserläuterung des Regierungsentwurfes begegnet man mehrfach, wie z. B. in der «Suisse Horlogère», Nr. 45/1957, dem Hinweis auf den Charakter der Novelle als handelspolitischer Waffe. Professor Dr. A. Gutersohn beschäftigt sich in der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung», Nr. 49 und 50 von 1957, ausführlich mit der Geschichte und dem Zweck der Reform. In einer Spezialfrage aus dem Bereiche des Zollrechts, nämlich in der Prüfung, ob Wert- oder Gewichtszölle den schweizerischen Verhältnissen besser gerecht werden, entscheiden sich die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Dezember 1957 mit einleuchtender Begründung zugunsten der spezifischen Zölle. In der «NZZ», Nr. 243 von 1958, ebenso wie in «Finanz und Wirtschaft» vom 28. 1. wird ein auf Mitteilungen der Eidgenössischen Oberzolldirektion fußender Rückblick auf den Außenhandel der Schweiz im vergangenen Jahre unternommen. Endlich enthalten die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik», Nr. 1, eine lobende Rezension der Artikelreihe von Professor F. Marbach über «Außenwirtschaftsbilanzen» in der «Schriftenreihe des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes», Nr. 1 von 1957.

Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung», Nr. 47 von 1957, setzt sich gegen Verlautbarungen in der Schweizer Presse aus letzter Zeit energisch zur Wehr, wonach die *Reallohnentwicklung* in der Schweiz an letzter Stelle Europas stünde. Der deutsche «Arbeitgeber» vom 15. 12. 1957 rühmt das bekannte Friedensabkommen in der schweizerischen Metallindustrie von 1937/1954 und seine Auswertung als vorbildliche soziale Partnerschaft. Der bundesrätliche Bericht zur Initiative des Landesrings auf Einführung der *44-Stunden-Woche* wird in der Wirtschaftspresse, wie durch die «Schweizerische Handels-Zeitung» am 19. 12. 1957, die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» am 11. und 18. 1. und in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 10. und 17. 1. lebhaft kommentiert. In *Steuerfragen* befaßt sich die «Steuer-Revue» vom November 1957 mit einem Vergleich der kantonalen Methoden in der Grundstücksgewinnbesteuerung. Die «Schweizerische Handels-Zeitung» zieht am 21. 11. 1957 eine Zwischenbilanz zum Stande der *Bundesfinanzreform*, der auch Darlegungen

in der «Suisse Horlogère» vom gleichen Datum und in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 3. 1. («Der Leidensweg der Finanzordnung») gewidmet sind. Professor Dr. E. Großmann äußert sich in der «Steuer-Revue» vom Dezember 1957 zur «Problematik des interkantonalen Finanzausgleichs» und Dr. Anatol Schmid in der gleichen Zeitschrift vom Januar zu der des «Steuer-Einspracheverfahrens». Nach Dr. F. Martin in Heft 5 der Wiener «Industrie» bevorzugt die Schweizer Bankwelt den natürlichen Lauf des Kapitalstromes und wendet sich gegen die europäische Fondswirtschaft. Die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 1. 2. berichtet über die diskontpolitischen Erfahrungen der Schweiz. Die *Kartellverbots-Initiative* gehört nach der Volksabstimmung vom 26. 1. der Vergangenheit an; ihr widmet die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» vom 1. und 8. 2. einen sie verurteilenden Nachruf, in dem auch Ratschläge für das zu erlassende Kartellgesetz erteilt werden. Die «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung zeichneten sich im Dezember 1957 durch eine fundierte Skizze von Privatdozent Dr. F. Gygi über «die Ordnungsfunktion der Kartelle» aus.

Von sonstigen Angelegenheiten, die in der Schweizer Volkswirtschaft typisch sind, kann der Berichterstatter die agrarpolitische Chronik in den Heften 4 vom Dezember 1957 und 5 vom Januar der «Agrarpolitischen Revue» zum Studium empfehlen. Die «Volkswirtschaft» aus dem Volkswirtschaftsdepartement bringt im Dezember 1957, kommentiert auch durch die «Schweizerische Handels-Zeitung» vom 21. 1., eine reichhaltige Ausarbeitung des Eidgenössischen Statistischen Amtes über «das Volkseinkommen der Schweiz im Jahre 1956». Das erste Heft der Genfer «Wirtschaft» des laufenden Jahres, die sich immer stärker zum Podium für wertvolle Monographien aus der Schweizer Wirtschaft entwickelt, macht ihre Leser mit Programm und Arbeitsweise der Reaktor AG. in Würenlingen vertraut. Die Vierteljahres-Zeitschrift «Wirtschaft und Recht», die den Lesern der Schweizer Monatshefte aus früheren Besprechungen bekannt ist, hat in Heft 3/1957 ihre Spalten dem Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Dr. Viktor Umbricht, für eine Arbeit über die Beziehungen zwischen «der Schweiz und der (Washingtoner) Weltbank» geöffnet. Die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 1, macht geltend, daß, entgegen einer verbreiteten Auffassung, die Investitionen in den Fabriken des Landes nicht zu hoch seien. Dr. K. Spoendlin erörtert in den Nr. 5 und 6 der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 31. 1. und 7. 2. die Bedeutung des Beitritts der Schweiz zum Internationalen Patentinstitut im Haag.

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zur Umwelt

Die Berichterstattung im heutigen «Querschnitt» über *die ökonomischen Beziehungen der Schweiz zur Umwelt* kann kurz gefaßt werden; der diesbezügliche Stoff in den Wirtschafts-Zeitschriften ist mager. Der Wirtschaftsverkehr mit *Ägypten* wird von der «Schweizerischen Handels-Zeitung», Nr. 47/1957, unter die Lupe genommen. Den Zusammenschluß innerhalb der *Benelux-Union* charakterisiert die «Suisse Horlogère» am 12. und 19. 12. 1957. Über «das zehnte fette Jahr» der *deutschen Bundesrepublik* referiert in der Frankfurter «Gegenwart» vom 28. 12. 1957 deren Mitherausgeber Dr. Fritz Hauenstein; er beklagt es, daß dort zu wenig Kooperation herrsche und zu viel Wirtschaftspolitik getrieben werde. In der «Orientierung», den katholischen Blättern für weltanschauliche Information aus Zürich, Nr. 1, begutachtet Oswald von Nell-Breuning SJ (Frankfurt a. M.) den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westdeutschlands; das neue «Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen» ist nach Meinung des Autors ein Schlag ins Wasser. Der «Economist» vom 1. 2. zeigt sich in einem Artikel: «The German Surplus» über die deutsche Zahlungsbilanz gut unterrichtet.

«*Frankreichs* Wirtschaftssorgen und der Europa-Markt» beschäftigen die Wiener «Industrie», Nr. 44/1957, und die «Revue Economique Franco-Suisse», Nr. 11/1957, ist Marseille gewidmet. Die Ergebnisse in den Wirtschaftsverhandlungen vom Januar zwischen der Schweiz und *Großbritannien* vermittelt uns die «Suisse Horlogère», Nr. 6 vom 6. 2., an führender Stelle. Zufolge der «Schweizerischen Handels-Zeitung», Nr. 47/1957, führen ungelöste Probleme auf dem Gebiete der Käsezölle zu Spannungen mit *Italien*. Daß die Bildung eines Gemeinsamen Marktes im *skandinavischen* Raum zwar aufgeschoben, aber nicht begraben ist, legt die «Suisse Horlogère», Nr. 51/1957, dar. Als letztes sei erwähnt, daß die gleiche Zeitschrift am 30. 1. den neuen Handelsvertrag der Schweiz mit der *Türkei* vom 6. 1. einer Würdigung unterzieht.

Wirtschaftsprobleme in den Vereinigten Staaten

Wie in der Welt allgemein und auf dem Boden der Schweiz insbesondere, ist die Entwicklung der *Konjunktur* auch in den USA diesmal wieder Gegenstand einer besonderen Beachtung in der Wirtschaftspresse gewesen. Dem «Economist» vom 30. 11. 1957 ist zu entnehmen, daß der amerikanische Preisindex für einige Gruppen, wie z. B. die Ernährung, im Oktober niedriger gelegen hat als im September; der Jubel des Arbeitsministeriums, die Preisspirale habe ihren Höhepunkt überschritten, erscheint der Zeitschrift allerdings mindestens verfrüht. Das Leitmotiv unter das «Finanz und Wirtschaft», Nr. 101/1957, ihren Artikel über die amerikanische Chemieindustrie stellt: «Weiterer Kursdruck möglich, aber Wachstumschancen auf lange Sicht», paßt auch auf die Beurteilung der Geschäftslage in der gesamten Wirtschaft der USA. In diesem Sinne lassen sich die Wiener «Industrie» vom 4., Dr. Melchior Palyi (Chicago) in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 24., der «Economist» vom 25. und das «Neue Journal» vom 29. 1. vernehmen. «Finanz und Wirtschaft» im Leitartikel vom 6. und die «NZZ», Nr. 3714 vom 14. 12. 1957, verhalten sich allerdings erheblich skeptischer. Das Hauptthema im amerikanischen Magazin «Challenge» im Dezember 1957 liefert die *Inflation* in ihren verschiedenen Ausstrahlungen.

Ihrer Sorge um die zukünftige *Handelspolitik der USA* geben die «Suisse Horlogère» vom 16. 1. und der «Economist» vom 8. 2. Ausdruck. Den Inhalt des neuen Außenhandelsprogramms bespricht «Finanz und Wirtschaft» vom 23. 12. 1957.

Kommunistische Wirtschaft und West-Ost-Handel

Aus dem Bereiche der *kommunistischen Wirtschaft* meldet Wolfgang Förster im Dezemberheft 1957 der wie üblich ausgezeichnet unterrichteten «Osteuropa-Wirtschaft» Einzelheiten über die «Automatisierung in der Sowjetunion». Der «Economist» vom 4. 1. berichtet von der «Sowjetwirtschaft im Umbau» durch Verlängerung der Planperiode von 5 Jahren auf deren 7. Dr. J. F. Deck (Stockholm) erläutert in der «Gegenwart» vom 14. 12. 1957 die «Wohlstandsziele Chruschtschews» und beschäftigt sich in der gleichen Zeitschrift, Ausgabe vom 25. 1., mit der «Sowjetplanung 1958». «Challenge» vom Januar gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß die russische Preispolitik die bekannten Marktfaktoren außer acht läßt und den wehrlosen Verbraucher bestraft. Die Wiener «Industrie» zeichnet am 25. 1. ein Bild der «umfassenden Reorganisation» der Wirtschaft in der Tschechoslowakei. In der schon vorher zitierten «Osteuropa-Wirtschaft» vom Dezember 1957 liest man genauere Angaben über die ökonomische Entwicklung Albaniens, Bulgariens, Rumäniens und Ungarns (von diesem nach dem Volksaufstand). Für den Verlauf des *West-Ost-Handels* ist das anschließende Zahlenbild der prozentualen Anteilnahme der kommunistischen und der freien Länder am Warenaustausch mit Rumänien typisch, das der «Osteuropa-Wirtschaft» entnommen sei:

Jahr	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Kommunistische Länder	71	82	83	80	85	84	80
Freie Länder	29	18	17	20	15	16	20

Über den Außenhandel der Sowjetunion insgesamt und mit einzelnen Ländern in den letzten Jahren bringt die Wiener «Industrie» vom 18. genauere Einzelheiten. Daß man allerdings den Zahlen in der russischen Statistik mit größter Zurückhaltung begegnen muß, ist eine Erfahrung, die Naum Jasny in einem glänzend geschriebenen und vom «Economist» am 15. 2. besprochenen Buche: «The Soviet Statistical Handbook» (Verlag Angus and Robertson, London) besonders hervorhebt.

Sonstige allgemein interessierende Artikel der Wirtschafts-Zeitschriften

Von erwähnenswerten Artikeln, die sich in die Rubriken unseres «Querschnittes» nicht oder nur mit Zwang eingruppieren lassen, seien wie üblich zum Abschluß einige mit Titeln genannt:

Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» hat im November 1957 eine 75 Seiten umfassende Sondernummer: «Klimatisation und Heizung» in Fabrikations- und Verwaltungsräumen herausgegeben. Die Genfer «Wirtschaft» setzt im Dezember 1957 ihre monographischen Darstellungen mit einem Heft über «die schweizerische Maschinenindustrie» fort; den einführenden Artikel hat der Sekretär des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller Dr. M. Baumann geschrieben. In der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» vom gleichen Monat werden über «das schweizerische Versicherungswesen 1956» spezifizierte Angaben gemacht. «Rationalisierung im Güterkraftverkehr und Probleme des Transportgewerbes» finden im «Internationalen Gewerbearchiv», ebenfalls vom Dezember 1957, Ingenieur Fritz Brauner (Frankfurt a. M.) als Begutachter. E. N. Schäffer (Bombay) ermahnt im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Heft 12/1957, die westliche Welt, «Indien nicht vergeblich an ihre Türen klopfen zu lassen». In der Wiener «Industrie» vom 14. 12. 1957 erläßt an leitender Stelle der Präsident der Vereinigung österreichischer Industrieller, Dr. Lauda, einen dringenden Appell zur «Förderung des Mäzenatentums der Wirtschaft». Und endlich können geistvolle Ausführungen von Jacques Ittensohn (Basel) in den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik, Nr. 2: «Wettrüsten — wirtschaftspolitisch betrachtet» auf gesteigerte Aufmerksamkeit des Lesers rechnen.

Hans Posse